



Grundlagen bilden / Tvoríme základy

Mandantenbrief/Mandantný list

Aktuelles aus den Bereichen Recht, Steuern und Wirtschaft in der Slowakei
Informácie z oblastí práva, daní a ekonomiky na Slovensku

Ausgabe/vydanie: Juni/Jún 2015 - www.roedl.com/sk

Lesen Sie in dieser Ausgabe:

Juristische Firma des Jahres 2015 in der Slowakei

Recht aktuell

- > Änderungen im Recht der Handelsgesellschaften

Steuern aktuell

- > Verrechnungspreisdokumentation - neue Regelung gültig ab dem 1. Januar 2015
- > Umsatzsteuer - Gesetzesentwurf
- > Nutzung eines Dienstwagens für Dienst- und Privatzwecke

Wirtschaft aktuell

- > Gliederung der Buchführungseinheiten nach Größenmerkmalen

V tomto vydaní Vám prinášame:

Právnická firma roka 2015 na Slovensku

Právo

- > Zmeny v práve obchodných spoločností

Dane

- > Transferová dokumentácia - nové usmernenie platné od 1. januára 2015
- > Daň z pridanej hodnoty - návrh zákona
- > Používanie služobného vozidla na služobné a súkromné účely

Ekonomika

- > Členenie účtovných jednotiek podľa veľkostných kritérií

Juristische Firma des Jahres 2015 in der Slowakei



Rödl & Partner Slowakei erneut Sieger in der Kategorie „Steuerrecht“

Im 3. Jahrgang des Wettbewerbs „Juristische Firma des Jahres“, veranstaltet vom Verlag EPRAVO Group s. r. o. in Zusammenarbeit mit der Wochenzeitung TREND, ist Rödl & Partner Slowakei erneut Gewinner in der Kategorie Steuerrecht geworden.

Rödl & Partner erhielt zudem die Auszeichnung „Empfohlene Kanzlei“ in den Kategorien Arbeitsrecht und Prozessrecht.

Die Verteidigung des 1. Platzes in der Kategorie „Steuerrecht“ wie auch die 2 anderen Auszeichnungen bestätigen den Spitzenrang der Rechtsberatung von Rödl & Partner in der Slowakei.

Právnická firma roka 2015 na Slovensku



Rödl & Partner Advokáti, s. r. o. opäť víťazom kategórie Daňové právo

V tretom ročníku súťaže „Právnická firma roka“, ktorú organizovalo vydavateľstvo EPRAVO Group s. r. o. v spolu-

práci s týždenníkom TREND, sa spoločnosť Rödl & Partner Advokáti, s. r. o. stala opäť víťazom kategórie Daňové právo.

Spoločnosti Rödl & Partner boli udelené aj ocenenia „Odporúčaná kancelária v kategórii pracovné právo“ a „Odporúčaná kancelária v kategórii sporová agenda“.

Obhájenie víťazstva v kategórii Daňové právo ako aj ocenenia Odporúčaná kancelária v kategóriách Pracovné právo a Sporová agenda, potvrdzujú popredné miesto spoločnosti Rödl & Partner v poskytovaní právneho poradenstva na Slovensku.

Recht aktuell

> Änderungen im Recht der Handelsgesellschaften

Von Silvia Podlipná, Rödl & Partner Bratislava

Am 29.4.2015 wurde in der Gesetzessammlung das Gesetz Nr. 87/2015 veröffentlicht, durch welches das Handelsgesetzbuch und einige weitere Gesetze geändert und ergänzt werden (nachfolgend als „Novelle“). In dieser Ausgabe des Mandantenbriefes bringen wir Ihnen die Übersicht einiger grundlegender, durch die Novelle verabschiedeter Änderungen im Recht der Handelsgesellschaften nahe.

1. Ausschluss der Vertreter

Die Novelle hat mit Wirksamkeit ab dem 1.1.2016 neue Bestimmungen über den sog. Beschluss über den Ausschluss eingeführt. Durch Gerichtsbeschluss kann festgelegt werden, dass eine natürliche Person während der festgesetzten Frist keine Funktion des Mitglieds des Statutarorgans oder Aufsichtsorgans einer Handelsgesellschaft oder einer Genossenschaft ausüben darf, dasselbe gilt auch für den Leiter der Organisationseinheit (einschließlich des Unternehmens einer ausländischen Person) oder den Prokuristen. Die Beschlüsse über den Ausschluss werden im sog. Disqualifikationsregister veröffentlicht.

2. Vermögenserwerb durch die Gesellschaft - § 59a HGB

Eine relativ kurze, in ihrer Auswirkung jedoch wesentliche Änderung hat die Novelle für den Wortlaut von § 59a HGB bezüglich des Vermögenserwerbs durch die Gesellschaft von ihrem Gesellschafter (bzw. unter verbundenen Personen) für einen Gegenwert von mindestens 10 % des gezeichneten Kapitals mit sich gebracht. Die Novelle hat die Geltendmachung der Regeln des Erwerbs auf die Art und Weise eingegrenzt, dass dieser mit Wirksamkeit ab dem 1.1.2016 in Bezug auf Gesellschaften mit beschränkter Haftung ausgeschlossen wird.

Ab dem 1.7.2015 regelt die Novelle auch die bisher nicht geregelten Folgen der Verletzung dieser Regeln,

Der Wert einer Leistung, die laut einem nicht in Kraft getretenen Vertrag gewährt wurde, **muss der Gesellschaft im Sinne der Prinzipien über ungerechtfertigte Bereicherung zurückerstattet werden**. Die Mitglieder des Statutarorgans, die ihre Funktionen in der Zeit deren Gewährung ausgeübt haben, haften für deren Rückerstattung zur ungeteilten Hand. Gemeinsam mit ihnen haften diejenigen, die die Funktionen der Mitglieder des Statutarorgans in der Zeit ausgeübt haben, in welcher die Gesellschaft den Anspruch auf Rückerstattung der Leistung nicht geltend gemacht hat und die von dieser Pflicht unter Berücksichtigung aller Umstände gewusst haben oder wissen konnten.

Die angeführte Haftungsregelung entsteht bei Verträgen, die nach dem 1.7.2015 abgeschlossen werden.

3. Einzahlung der Einlagen bei Gesellschaftsgründung

Beginnend mit dem 1.1.2016 hebt die Novelle die Bestimmung über die Hinterlegung eingezahlter Geldeinlagen vor der Gesellschaftsentstehung auf ein durch den Einlagenverwalter eröffnetes Konto und ebenfalls die Pflicht, einen Bankkontoauszug zum Antrag auf Einverleibung der Gesellschaft in das Handelsregister beizulegen, auf.

4. Funktionsverzicht

Auf den Funktionsverzicht bezieht sich ab dem 29.4.2015 die geänderte rechtliche Regelung. Falls es zum Funktionsverzicht nicht an einer Tagung des Gesellschaftsorgans, welches zur Ernennung eines neuen Organmitglieds berechtigt ist, kommt, muss der Funktionsverzicht in Schriftform ausgefertigt und eigenhändig in Anwesenheit eines Notars oder eines durch ihn beauftragten Mitarbeiters unterzeichnet werden. Aufgrund des angeführten Wortlauts kann angenommen werden, dass der Gesetzesgeber wahrscheinlich die Unterschriftsbeglaubigung und nicht die Möglichkeit der nachträglichen Anerkennung der Unterschrift als eigener gemeint hat.

5. Gesellschaft in Krise

Im Sinne der Novelle befindet sich eine Gesellschaft mit Wirksamkeit ab dem 1.1.2016 in Krise, falls sie sich im Bankrott befindet oder ihr Bankrott droht. Der Gesellschaft droht Bankrott, falls das Verhältnis des Eigenkapitals zu den Verbindlichkeiten weniger als 8 zu 100 ist, wobei dies zum ersten Mal im Jahr 2018 angewandt wird, für das Jahr 2016 gilt das Verhältnis von 4 zu 100 und für das Jahr 2017 gilt das Verhältnis von 6 zu 100. Das Statutarorgan der Gesellschaft, welches herausgefunden hat oder unter Berücksichtigung aller Umstände herausfinden konnte, dass sich die Gesellschaft in Krise befindet, ist verpflichtet, im Einklang mit den Anforderungen der notwendigen fachlichen oder gebührenden Sorgfalt alles zu tun, was in einer ähnlichen Situation eine andere zumutbar sorgfältige

Person in ähnlicher Stellung zwecks Bewältigung der Krise tun würde.

Eine Gesellschaft in Krise kann nur eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, eine Aktiengesellschaft oder eine Kommanditgesellschaft, deren Komplementär keine natürliche Person ist, sein.

6. Die Eigenmittel ersetzende Leistung

Durch die neue rechtliche Regelung wird ab dem 1.1.2016 die Definition der die Eigenmittel ersetzenden Leistung eingeführt (§ 67a u. ff. HGB):

Ein Kredit oder eine ähnliche, ihm wirtschaftlich entsprechende Leistung, die an die Gesellschaft in Krise gewährt wurde, gilt als eine die Eigenmittel ihrer Finanzierung laut Sondervorschrift ersetzende Leistung. Das gilt ebenfalls für eine der Gesellschaft vor der Krise gewährte Leistung, deren Fälligkeit während der Krise aufgeschoben oder verlängert wurde. Als solche gilt eine Leistung, gewährt durch ein Mitglied des Statutarorgans dem Prokuristen, dem Mitglied des Aufsichtsrates oder dem leitenden Angestellten, ferner durch denjenigen, der einen direkten oder indirekten Anteil von mindestens 5 % am gezeichneten Kapital oder an den Stimmrechten hat, den stillen Gesellschafter, diesem nahestehende Personen und auf Rechnung der angeführten Personen handelnde Personen.

Die Eigenmitteln ersetzende Leistung samt Nebenforderungen und Vertragsstrafe **kann nicht zurückerstattet werden, falls sich die Gesellschaft in Krise befindet oder falls sie in Folge dessen in Krise geraten würde.** Die Fristen für die Rückerstattung der die Eigenmittel ersetzenden Leistung laufen während dieser Frist nicht. Während eines Konkurses oder Umstrukturierung kann der Anspruch auf die Rückerstattung einer die Eigenmittel ersetzenden Leistung als Forderung geltend gemacht werden.

Der Wert der im Widerspruch zum Verbot gewährten Leistung **muss der Gesellschaft zurückerstattet werden.** Dasselbe gilt auch dann, wenn es zu solcher Gewährung mittels Anrechnung, Verwertung des Pfandes, Zwangsvollstreckung oder auf eine ähnliche Art und Weise gekommen ist. Die Mitglieder des Statutarorgans, die ihre Funktionen in der Zeit der Gewährung der Leistung im Widerspruch zum Verbot ausgeübt haben, haften für deren Rückerstattung zur ungeteilten Hand. Gemeinsam mit ihnen haften diejenigen, die die Funktionen der Mitglieder des Statutarorgans in der Zeit ausgeübt haben, in welcher die Gesellschaft den Anspruch auf Rückerstattung der Leistung nicht geltend gemacht hat und die von dieser Pflicht unter Berücksichtigung aller Umstände gewusst haben oder wissen konnten.

7. Verbot der Rückerstattung der Einlage

Ob die Rückerstattung der Einlage an die Gesellschafter verboten ist, entscheiden die einzelnen Bestimmungen über Gesellschaften. Das Verbot gilt im Sinne der Novelle

mit Wirksamkeit ab dem 1.1.2016 in der Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in der Kommanditgesellschaft gegenüber den Kommanditisten und auch in der Genossenschaft. Als Gesellschafter gilt auch ein ehemaliger Gesellschafter (falls es zu solcher Leistung innerhalb von 2 Jahren nach seinem Ausscheiden als Gesellschafter gekommen ist) oder eine Person mit direktem oder indirektem Anteil von mindestens 5 % am gezeichneten Kapital oder an den Stimmrechten.

Als Rückerstattung der Einlage gilt **auch eine Leistung ohne angemessene Gegenleistung, gewährt durch die Gesellschaft auf Grundlage einer Rechtshandlung, vereinbart mit dem Gesellschafter oder zu seinen Gunsten,** ungeachtet der Form der Vereinbarung und Gültigkeit. Dies gilt ebenfalls für eine Leistung, gewährt der Gesellschaft aus dem Grund der Haftung, Beitritt zur Verbindlichkeit, Pfandrecht oder einer anderen Sicherheit, gewährt durch die Gesellschaft zwecks Sicherung der Verbindlichkeiten des Gesellschafters oder zu seinen Gunsten.

Bei der Beurteilung der Angemessenheit der Gegenleistung führt die Novelle auch die geforderten Kriterien an – z.B. es muss vor allem die Fähigkeit der Gegenpartei berücksichtigt werden, diese zu gewähren, den marktüblichen Preis, wie auch den Preis, zu welchem die Gesellschaft ähnliche Leistungen im üblichen Geschäftsverkehr mit anderen Personen gewährt.

Ab dem 1.7.2015 soll die Pflicht zur Rückerstattung der im Widerspruch zum Gesetz ausgezahlten Einlage in Kraft treten. Der Wert der im Widerspruch zum Gesetz zurückerstatteten Einlage **muss der Gesellschaft im Sinne der Prinzipien über ungerechtfertigte Bereicherung zurückerstattet werden,** und zwar im Umfang der Differenz zwischen der tatsächlich gewährten Gegenleistung und der Gegenleistung, die als angemessen gelten würde.

Die Erfüllung der oben angeführten Pflicht kann die Gesellschaft nicht erlassen und das Statutarorgan ist verpflichtet, diese einzutreiben. Die Mitglieder des Statutarorgans, die ihre Funktionen in der Zeit der Rückerstattung der Einlage im Widerspruch zu diesem Gesetz ausgeübt haben, haften für ihre Rückerstattung zur ungeteilten Hand. Gemeinsam mit ihnen haften diejenigen, die die Funktionen der Mitglieder des Statutarorgans in der Zeit ausgeübt haben, in welcher die Gesellschaft den Anspruch auf Rückerstattung der Einlage nicht geltend gemacht hat und die von dieser Pflicht unter Berücksichtigung aller Umstände gewusst haben oder wissen konnten. Die Haftung entsteht gegenüber der Gesellschaft und gegenüber den Gläubigern der Gesellschaft. Diese Form der Haftung entsteht erstmals bei einer nach dem 1. Juli 2015 zurückerstatteten Einlage.

8. Kredit für die Gesellschaft

Laut der neuen gesetzlichen Regelung, gültig ab dem 29.4.2015 (§ 121 Abs. 2 HGB), kann der Gesellschafter oder eine die Eigenmittel ersetzende Leistung gewährende Person **der Gesellschaft einen Kredit oder eine ähnl-**

che, diesem wirtschaftlich entsprechende Leistung dann gewähren, falls sie diese auf eine andere Art und Weise als in Form von Barmitteln gewährt.

Kontakt für weitere Informationen



Silvia Podlipná

Rechtsanwältin (SK) in Zusammenarbeit mit Rödl & Partner Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 444

E-Mail: silvia.podlipna@roedl.sk

Steuern aktuell

> Verrechnungspreisdokumentation – neue Regelung gültig ab dem 1. Januar 2015

Von Peter Alföldi, Mária Jánošíková, Zuzana Kusá, Rödl & Partner Bratislava

Das Finanzministerium hat eine **neue Regelung Nr. MF/011491/2015-724** erlassen, die die ursprüngliche Regelung Nr. MF/8120/2014-721, bezüglich der Bestimmung des Inhalts der Dokumentation über die angewandte Methode, ersetzt.

Die neue Regelung wurde im Finanzblatt Nr. 5/2015 veröffentlicht und wird rückwirkend für die Besteuerungszeiträume, die frühestens am **1. Januar 2015** beginnen, angewandt.

Die neue Regelung **präzisiert und erweitert den Kreis der Steuerzahler, die verpflichtet sind, die vollständige, grundlegende oder verkürzte Dokumentation zu führen.**

Zugleich ist zu betonen, dass die Pflicht zur Führung der Dokumentation **mit Wirksamkeit ab dem 1. Januar 2015** auch die Steuerzahler betreffen wird, die **inländische kontrollierte Transaktionen**, d.h. Transaktionen mit inländischen abhängigen Personen durchführen. Bis zum 31.12.2014 bezog sich diese Pflicht nur auf ausländische kontrollierte Transaktionen.

Aufgrund der neuen Regelung sind einzelne Steuerzahler verpflichtet, Dokumentation im folgenden **Mindestumfang** zu führen:

• Vollständige Dokumentation

- > Steuerzahler, die das Wirtschaftsergebnis laut IFRS ausweisen (für ausländische kontrollierte Transaktionen),
- > Steuerzahler, die Transaktionen mit abhängigen Personen aus Nichtvertragsstaaten durchführen,
- > Steuerzahler, die bei dem Steuerverwalter die Abstimmung der Verrechnungspreismethode beantragt haben,
- > Steuerzahler, die eine Anpassung der Steuerbemessungsgrundlage beantragt haben,
- > Steuerzahler, die in dem Besteuerungszeitraum einen Steuerverlust, übersteigend den Betrag von 300.000 Euro vortragen oder die für die letzten zwei aufeinanderfolgenden Perioden einen Verlust, übersteigend 400.000 Euro vortragen,
- > Steuerzahler, die einen Steuernachlass geltend machen.

• Verkürzte Dokumentation

- > Natürliche Personen,
- > Steuerzahler, die Mikro-Buchführungseinheiten sind,
- > Subjekte der öffentlichen und zentralen Verwaltung, für Transaktionen mit anderen Personen aus der öffentlichen und zentralen Verwaltung,
- > verkürzte Dokumentation wird für die Festhaltung der **inländischen kontrollierten Transaktionen** ausreichen, es darf sich jedoch um keinen Steuerzahler handeln, der die Abstimmung der Verrechnungspreismethode, Anpassung der Steuerbemessungsgrundlage, einen Steuernachlass beantragt hat oder einen Steuerverlust vorträgt.

• Grundlegende Dokumentation

- > wird pflichtgemäß von allen anderen **Steuerzahlern** geführt.

Die wesentliche Änderung bei der Führung der Verrechnungspreisdokumentation wird vor allem die Steuerzahler betreffen, die einen Steuerverlust (300.000 Euro bzw. 400.000 Euro) vortragen werden. Falls eine Gesellschaft einen Steuerverlust in Höhe von 300.000 Euro für das Jahr 2015 vortragen möchte, ist sie für diesen Besteuerungszeitraum verpflichtet, die **vollständige Dokumentation** zu führen.

Die Regelung definiert zugleich auch das sog. Mindestniveau der Wesentlichkeit in Höhe von 1.000.000 Euro. Falls Steuerzahler die grundlegende Dokumentation oder die vollständige Dokumentation führen, sind sie verpflichtet, diese Dokumentation (grundlegende bzw. vollständige Dokumentation laut Abgrenzung) für kontrollierte Transaktionen, die für sie **bedeutend** sind, allerdings **immer bei Transaktionen oder Transaktionsgruppen mit einem Wert über 1.000.000 Euro im entsprechenden Besteuerungszeitraum** zu führen. Bei sonstigen Transaktionen können sie die verkürzte Dokumentation führen.

Angesichts der verhältnismäßig kurzen Frist zur Vorlage der Dokumentation bei dem Steuerverwalter bzw. Finanzdirektion, d.h. **15 Tage nach der Zustellung der Aufforderung**, ist es notwendig, den angeführten Änderungen genügend Aufmerksamkeit zu widmen, insbesondere falls der Gesellschaft die Pflicht entstehen könnte, die vollständige Dokumentation zu führen.

> Umsatzsteuer – Gesetzesentwurf

Von **Peter Alföldi, Mária Jánošíková, Zuzana Kusá**,
Rödl & Partner Bratislava

Im Zusammenhang mit der geplanten Novelle des Gesetzes Nr. 222/2004 Ges. Slg. über die Umsatzsteuer, die ab dem 1. Januar 2016 in Kraft treten sollte, möchten wir Sie gerne über die vorgeschlagene **Sonderregelung der Geltendmachung der Umsatzsteuer aufgrund des Empfangs von Zahlungen** für die Lieferung von Waren oder Dienstleistungen informieren.

Zurzeit wurde der Gesetzesentwurf dem Legislativrat der Regierung der SR vorgelegt und kann im Rahmen des Legislativprozesses geändert werden.

Die Sonderregelung der Geltendmachung der Umsatzsteuer wird auf dem Prinzip basieren, dass dem Steuerzahler, der diese Sonderregelung wählt, die **Steuerpflicht erst am Tag des Empfangs der Zahlung für Waren oder Dienstleistungen entsteht, wobei er zugleich das Recht auf den Vorsteuerabzug aus empfangenen Leistungen erst am Tag der Bezahlung an seinen Lieferanten geltend machen können wird.**

Die Tatsache, dass sich der Steuerzahler entscheidet, die Sonderregelung geltend zu machen, wird jedoch auch einen grundsätzlichen Einfluss auf seine Abnehmer haben. Da das Recht auf den Vorsteuerabzug aus den empfangenen Waren und Dienstleistungen erst am Tag der Entstehung der Steuerpflicht entstehen kann, kann der **Abnehmer den Vorsteuerabzug aus den empfangenen Waren und Leistungen von dem Lieferanten, der die Sonderregelung geltend macht, erst zum Zeitpunkt der Bezahlung für die Waren oder Dienstleistungen geltend machen.**

Für die Sonderregelung der Geltendmachung der Umsatzsteuer aufgrund des Empfangs der Zahlung für Lieferung von Waren oder Dienstleistungen wird sich ein gemäß § 4 registrierter Steuerzahler (inländischer Steuerzahler) entscheiden können, falls:

- > er für das vorige Kalenderjahr einen Umsatz von 75 000 Euro nicht erreicht hat und er begründeterweise annimmt, dass er im laufenden Kalenderjahr einen Umsatz von 75.000 Euro nicht erreichen wird und
- > über den Steuerzahler weder Konkurs eröffnet wurde, noch ist er in Liquidation eingetreten.

Kontakt für weitere Informationen



Peter Alföldi
Steuerberater, Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 411
E-Mail: peter.alfoldi@roedl.sk

> Nutzung eines Dienstwagens für Dienst- und Privat Zwecke

Von **Ján Beleš**, Rödl & Partner Bratislava

Falls der Arbeitnehmer die Zustimmung der Gesellschaft zur Nutzung eines Dienstwagens für Dienst- und Privat-zwecke gemäß § 5 Abs. 3 Lit. a) des Gesetzes Nr. 595/2003 Ges. Slg. über die Einkommensteuer erhält, wird innerhalb von acht unmittelbar aufeinanderfolgenden Kalenderjahren ab Inbetriebnahme des Kraftwagens einschließlich, zum Einkommen des Arbeitnehmers

- a) im ersten Jahr der Betrag in Höhe von 1 % von den Anschaffungskosten (§ 25 des Einkommensteuergesetzes) des Kraftfahrzeugs des Arbeitgebers, für jeden auch angebrochenen Kalendermonat der Bereitstellung des Kraftfahrzeugs für Dienst- und Privat-zwecke. Wenn es sich um ein gemietetes Fahrzeug handelt, wird von den Anschaffungskosten beim ursprünglichen Eigentümer ausgegangen, und zwar auch beim anschließenden Kauf des gemieteten Fahrzeugs. Falls in den Anschaffungskosten keine Umsatzsteuer einbezogen ist, wird der Preis für die Zwecke dieser Bestimmung um diese Steuer erhöht.
- b) in den folgenden sieben Kalenderjahren der Betrag in Höhe von 1 % von den Anschaffungskosten des Kraftfahrzeugs gemäß dem ersten Punkt, alljährlich herabgesetzt um 12,5 % zum ersten Tag des entsprechenden Kalenderjahres für jeden auch angebrochenen Kalendermonat seiner Bereitstellung für Dienst- und Privat-zwecke, wobei für die Zwecke der Berechnung des Sachbezugs die Anschaffungskosten des Kraftfahrzeugs des Arbeitgebers laut dem ersten Punkt auch um den Betrag der in diesen Jahren vorgenommenen technischen Aufwertung des Kraftfahrzeugs erhöht werden.

Die Frist von acht Jahren beginnt ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Kraftfahrzeugs, nicht ab dem Anfang der Nutzung des Fahrzeugs durch den Arbeitnehmer auch für Privat-zwecke. Das bedeutet, dass falls die Gesellschaft dem Arbeitnehmer ein älteres Fahrzeug für Dienst- und Privat-zwecke bereitstellt, werden die Anschaffungskosten,

aus welchen das 1 % zum Einkommen des Arbeitnehmers berechnet wird, entsprechend gekürzt.

Die Steuerpflicht entsteht beim Arbeitnehmer ab dem Zeitpunkt der Bereitstellung des Kraftfahrzeugs auch für Privatzwecke des Arbeitnehmers. Der entscheidende Zeitpunkt ist nicht der reale Beginn der Nutzung des Fahrzeugs für Privatzwecke, sondern die faktische Bereitstellung des Fahrzeugs durch den Arbeitgeber auch für Privatzwecke, im Prinzip aufgrund einer Vereinbarung über die Bereitstellung des Fahrzeugs auch für Privatzwecke, abgeschlossen zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer. Das bedeutet, dass falls sich der Arbeitnehmer entscheiden sollte, das Fahrzeug nicht für Privatzwecke zu nutzen, nachdem ihm der Arbeitgeber dies im Vertrag ermöglicht hat, wird er die Steuerpflicht dadurch nicht vermeiden können.

Das Gesetz bestimmt nicht, auf welcher rechtlichen Grundlage das Fahrzeug des Arbeitgebers dem Arbeitnehmer für Privatzwecke überlassen (zur Verfügung gestellt) wird. Es muss sich deshalb um keine schriftliche Vereinbarung handeln, es reicht die Bereitstellung des Fahrzeugs an den Arbeitnehmer in mündlicher Form. Ein geeignetes Mittel der Bereitstellung eines Fahrzeuges an den Arbeitnehmer auch für Privatzwecke ist jedoch der Abschluss einer schriftlichen Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer über die Bereitstellung des Kraftfahrzeugs an den Arbeitnehmer sowohl für Dienst-, als auch für Privatzwecke, die gleichzeitig die gegenseitigen Rechte und Pflichten beider Parteien regelt.

Damit der Arbeitnehmer von seinen Steuerpflichten Kenntnis hat, ist es geeignet, ihn im Vertrag darüber zu informieren, dass die Bereitstellung des Fahrzeugs auch für Privatzwecke ein steuerpflichtiges Einkommen beim Arbeitnehmer darstellt und ihm die konkrete Höhe der Steuerpflicht mitzuteilen. Zugleich ist es geeignet, in einer solchen Vereinbarung die Gründe für deren Beendigung seitens des Arbeitgebers wie auch seitens des Arbeitnehmers zu regeln. Der Arbeitnehmer sollte über die Anschaffungskosten des Fahrzeugs informiert werden.

Die Novelle des Einkommensteuergesetzes, eingeführt durch das Gesetz Nr. 333/2014 Ges. Slg., wirksam **ab dem 1. Januar 2015**, betrifft auch die Nutzung eines Kraftwagens für Dienst- und Privatzwecke. Laut der Novelle, im Sinne von § 19 Absatz 2 Lit. t) des Einkommensteuergesetzes sind steuerlich absetzbare Aufwendungen, die nur im Ausmaß und unter den in diesem Gesetz bestimmten Bedingungen geltend gemacht werden können, Aufwendungen (Kosten) für den Erwerb, technische Aufwertung, Betrieb, Reparaturen und Instandhaltung von Eigentum, außer den Aufwendungen des Arbeitgebers, der das Verfahren laut § 5 Abs. 3 Lit. a) geltend macht, und zwar

1. in Form von Pauschal aufwendungen in Höhe von 80 %, falls dieses Vermögen auch zu für Privatzwecke genutzt wird, oder

2. in nachweisbarer Höhe in Abhängigkeit von dem Verhältnis der Nutzung dieses Vermögens zur Sicherstellung des steuerpflichtigen Einkommens.

Deshalb werden die Aufwendungen für den Betrieb, Reparaturen und Instandhaltung des Kraftfahrzeugs vom Arbeitgeber, der dem Arbeitnehmer das Kraftfahrzeug auch für Privatzwecke zur Verfügung stellt, nicht auf 80 % gekürzt, wobei dieser Sachbezug in Form der Bereitstellung des Kraftfahrzeugs gemäß § 5 Abs. 3 Lit. a) des Einkommensteuergesetz besteuert wird.

Man darf nicht vergessen, dass es sich auch in diesem Fall um Aufwendungen des Arbeitgebers handelt, die die Definition der steuerlich absetzbaren Aufwendungen (§ 2 des Einkommensteuergesetzes) zu erfüllen haben, und dass es sich um Aufwendungen (Kosten) zur nachweislichen Erreichung, Sicherstellung und Erhaltung von Einkommen handelt.

Der Arbeitnehmer, dem ein Dienstfahrzeug auch für Privatzwecke anvertraut wurde, muss eine Evidenz über die gefahrenen Privat- und Dienstkilometer führen. Die verbrauchten Treibstoffe, die die Gesellschaft im Rahmen der steuerlich absetzbaren Aufwendungen im Zusammenhang mit Dienstreisen (dienend zur Erreichung, Sicherstellung und Erhaltung von Einkommen) geltend macht, können auf drei Arten nachgewiesen werden:

1. **gemäß den zum Zeitpunkt des Kaufes geltenden Preisen** (auf Grundlage eines Belegs über deren Kauf), umgerechnet nach dem in der Zulassungsbescheinigung oder dem Fahrzeugbrief angeführten Verbrauch;
2. **auf Grundlage von Belegen über den Kauf von Treibstoffen** maximal in der aus den GPS-Einrichtungen für die Überwachung des Fahrzeugbetriebs ausgewiesenen Höhe;
3. **in Form von Pauschal aufwendungen bis zur Höhe von 80 %** vom gesamten nachweisbaren Einkauf von Treibstoffen für den entsprechenden Besteuerungszeitraum für eine angemessene Anzahl von gefahrenen Kilometern nach dem Kilometerstand am Anfang und am Ende des entsprechenden Besteuerungszeitraums für jedes Kraftfahrzeug selbständig. Bei der Geltendmachung der Pauschale ist anzumerken, dass obwohl als steuerlich absetzbare Aufwendungen nur 80 % vom Einkauf der Treibstoffe geltend gemacht werden, bedeutet dies nicht, dass die restlichen 20 % für Privatfahrten verbraucht werden können.

Falls sich der Arbeitgeber entscheiden sollte, dass er dem Arbeitnehmer die für Privatkilometer verbrauchten Treibstoffe als Sachbezüge erstatten wird, stellt die Summe der für Privatzwecke verbrauchten Treibstoffe einschließlich USt. ein weiteres steuerpflichtiges Einkommen für den Arbeitnehmer dar (das der Abgabepflicht unterliegt). Für den Arbeitgeber stellen Aufwendungen für solche verbrauchten Treibstoffe steuerlich nicht absetzbare Aufwendungen dar.

Falls die Kosten der für Privatzwecke verbrauchten Treibstoffe vom Arbeitnehmer selbst getragen werden bzw. der Arbeitgeber die Erstattung der für Privatzwecke verbrauchten Treibstoffe fordert, erzielt der Arbeitnehmer kein Einkommen, das er besteuern müsste (und davon Versicherungsbeiträge in die Krankenkasse und Sozialversicherungsanstalt abführen müsste). In diesem Fall wäre der einzige Sachbezug des Arbeitnehmers der Betrag in Höhe von 1 % von den Anschaffungskosten des Fahrzeuges für jeden auch angebrochenen Kalendermonat der Bereitstellung des Kraftfahrzeugs des Arbeitgebers für Dienst- und Privatzwecke.

Kontakt für weitere Informationen



Ján Beleš

Buchhalter, Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 411
E-Mail: jan.beles@roedl.sk

Wirtschaft aktuell

> Gliederung der Buchführungseinheiten nach Größenmerkmalen

Von Katarína Chuchútová, Michal Mitruška,
Rödl & Partner Bratislava

Eine der wesentlichsten Änderungen, die die ab dem 1.1.2015 wirksame Novelle des Rechnungslegungsgesetzes mit sich bringt, ist die neue Gliederung der Buchführungseinheiten nach Größenmerkmalen. Die Novelle ist die Folge der Implementierung der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss. Handelsgesellschaften, Genossenschaften, bestimmte natürliche Personen und Grundstücksgemeinschaften werden in folgende Größenklassen eingeteilt:

- > Mikro-Buchführungseinheit
- > Kleine Buchführungseinheit
- > Große Buchführungseinheit

Für die Einteilung hat die Buchführungseinheit mindestens zwei der drei unten angeführten Kriterien während zwei aufeinanderfolgenden Buchungsperioden zu erfüllen:

	Gesamtsumme des Vermögens (Netto) in EUR	Nettoumsatz in EUR	Durchschnittliche umgerechnete Mitarbeiteranzahl
Mikro-Buchführungseinheit	≤ 350 000	≤ 700 000	≤ 10
Kleine Buchführungseinheit	≤ 4 000 000	≤ 8 000 000	≤ 50
Große Buchführungseinheit	> 4 000 000	> 8 000 000	> 50

Die Definition der Größenmerkmale wurde im Vergleich zu der vorgehenden Fassung des Gesetzes verändert. Unter der Gesamtsumme des Vermögens versteht man die Summe aus der Bilanz, in der um kumulierte Abschreibungen und Wertberichtigungen angepassten Bewertung, d.h. Netto (vor der Novelle Brutto). Der Nettoumsatz wird als Erträge aus dem Verkauf von Erzeugnissen, Waren und Dienstleistungen und andere Erträge aus solchen Tätigkeiten, die den Gegenstand der unternehmerischen Tätigkeit der Gesellschaft darstellen, definiert (vor der Novelle handelte sich um alle Erträge mit Ausnahme der außerordentlichen Erträge).

Die Buchführungseinheiten werden aufgrund der Erfüllung der Bedingungen zum Bilanzstichtag für die entsprechende Buchungsperiode in die Größenklasse eingeteilt, wobei auch die Erfüllung der Bedingungen für die unmittelbare Vorperiode beurteilt werden muss. Die Buchführungseinheit, deren Buchungsperiode das Kalenderjahr ist, geht bei der Einteilung in die Größenklasse erstmals ab dem 1.1.2015 vor, wobei sie die Erfüllung der Bedingungen zum 31.12.2014 beurteilt. Falls die Buchungsperiode das Geschäftsjahr ist, beurteilt sie die Erfüllung der Bedingungen zum ersten Mal zum Bilanzstichtag im Verlauf des Jahres 2015.

Die Buchführungseinheit ist verpflichtet, die Einteilung in die Größenklasse ab der nach den zwei unmittelbar nacheinander folgenden Perioden, in denen sie die Bedingungen für die Einteilung in die Größenklasse überschreitet oder nicht mehr erfüllt, folgenden Periode zu ändern. Eine neu entstandene Buchführungseinheit wird aufgrund der eigenen Entscheidung in eine Größenklasse eingeteilt und verbleibt in dieser Größenklasse auch in der unmittelbar nachfolgenden Buchungsperiode. Das Rechnungslegungsgesetz bietet den Mikro-Buchführungseinheiten die Entscheidungsmöglichkeit, wie kleine Buchführungseinheiten vorzugehen. Bei einer Änderung der Buchungsperiode werden die Größenmerkmale für eine kürzere Buchungsperiode nicht berücksichtigt.

Die Gliederung nach Größenmerkmalen bezieht sich nicht auf Buchführungseinheiten, die einen Einzelabschluss gemäß IFRS in dem durch die EU angenommenen Wortlaut erstellen müssen oder können, die Nationalbank der Slowakei und Buchführungseinheiten, die Gegenstand des öffentlichen Interesses sind.

Die Novelle ist vor allem auf die Herabsetzung der Anforderungen auf den Umfang des Abschlusses für Mikro- und kleine Buchführungseinheiten abgezielt. Für große Buch-

führungseinheiten werden die Vorschriften nicht vereinfacht.

Für große und kleine Buchführungseinheiten sind die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung gleich, die kleine Buchführungseinheit wird aber die vereinfachte Vorgehensweise bei deren Erstellung anwenden. Der Inhalt des Anhangs für kleine Buchführungseinheiten wird vereinfacht. Es ist zum Beispiel nicht notwendig, eine Übersicht über die Bewegung des Eigenkapitals oder eine Kapitalflussrechnung zu veröffentlichen und es sind keine dermaßen detaillierten Informationen über die Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wie bei einer großen Buchführungseinheit notwendig.

In Anknüpfung an die neue Gliederung der Buchführungseinheiten wurde mit Wirkung zum 1.1.2015 die Verfügung über die Erstellung des Abschlusses für kleine Buchführungseinheiten Nr. MF/23378/2014-74 und die Verfügung über die Erstellung des Abschlusses für große Buchführungseinheiten und Subjekte des öffentlichen Interesses Nr. MF/23377/2014-74 erlassen. Für Mikro-Buchführungseinheiten bleibt die Verfügung über die Erstellung des Abschlusses für Mikro-Buchführungseinheiten Nr. MF/15464/2013-74 in der durch die Novelle vom 24. September 2014 Nr. MF/18008/2014-74 geänderten Fassung wirksam. Die bisherige Verfügung Nr. 4455/2003-92 wurde ab dem 1.1.2015 aufgehoben.

Kontakt für weitere Informationen



Katarína Chuchútová

Wirtschaftsprüferin, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-Mail: katarina.chuchutova@roedl.sk

Právo

> Zmeny v práve obchodných spoločností

Silvia Podlipná, Rödl & Partner Bratislava

Dňa 29.4.2015 bol v zbierke zákonov zverejnený zákon č. 87/2015, ktorým sa mení a dopĺňa Obchodný zákonník a niektoré ďalšie zákony (ďalej ako „novela“). V tomto čísle Mandátneho listu vám prinášame prehľad niektorých základných zmien v práve obchodných spoločností, prijatých novelou.

1. Vylúčenie zástupcov

Novela zaviedla s účinnosťou od 1.1.2016 nové ustanovenia o tzv. rozhodnutí o vylúčení; rozhodnutím súdu môže byť určené, že fyzická osoba nesmie po stanovenú dobu vykonávať funkciu člena štatutárneho orgánu alebo dozorného orgánu obchodnej spoločnosti alebo družstva, rovnaké platí aj pre vedúceho organizačnej zložky (vrátane podniku zahraničnej osoby) alebo prokuristu. Rozhodnutia o vylúčení budú zverejnené v tzv. registri diskvalifikácií.

2. Nadobúdanie majetku spoločnosťou - §59a OBZ

Pomerne stručnú, ale dosahom podstatnú úpravu priniesla novela do znenia § 59a OBZ týkajúceho sa nadobúdania majetku spoločnosťou od jej spoločníka (resp. medzi prepojenými osobami) za protihodnotu vo výške min. 10 % základného imania. Novela zúžila uplatnenie pravidiel nadobúdania tým spôsobom, že sa s účinnosťou od 1.1.2016 vylučuje vo vzťahu k spoločnostiam s ručením obmedzeným.

Od 1.7.2015 novela upravuje aj dôsledky porušenia týchto pravidiel, ktorých úprava doteraz absentovala:

Hodnota plnenia poskytnutého podľa zmluvy, ktorá nenadobudla účinnosť, sa **musí spoločnosti vrátiť podľa zásad o bezdôvodnom obohatení**. Členovia štatutárneho orgánu, ktorí vykonávali funkciu v čase jeho poskytnutia, ručia spoločne a nerozdielne za jeho vrátenie. Spolu s nimi ručia tí, ktorí vykonávali funkciu člena štatutárneho orgánu v období, v ktorom spoločnosť nárok na vrátenie plnenia neuplatňovala a o tejto povinnosti s prihliadnutím na všetky okolnosti vedeli alebo mohli vedieť.

Uvedená úprava ručenia vzniká pri zmluvách uzatvorených po 1.7.2015.

3. Splatenie vkladov pri založení spoločnosti

Počnúc 1.1.2016 novela zrušuje ustanovenie o vložení splatených peňažných vkladov pred vznikom spoločnosti na bankový účet zriadený správcom vkladu a zrušila aj povinnosť prikladať k návrhu na zápis spoločnosti do obchodného registra výpis z účtu v banke.

4. Vzdanie sa funkcie

Pre vzdanie sa funkcie je od 29.4.2015 účinná zmenená právna úprava. Ak nedôjde k vzdaniu sa funkcie na zasadnutí orgánu spoločnosti, ktorý je oprávnený menovať nového člena orgánu, musí byť vzdanie sa funkcie písomné a vlastnoručne podpísané v prítomnosti notára alebo ním povereného zamestnanca. Na základe uvedeného znenia je možné sa domnievať, že zákonodarca mal zrejme na mysli osvedčenie podpisu, a nie možnosť dodatočného uznania podpisu za vlastný.

5. Spoločnosť v kríze

V zmysle novely, s účinnosťou od 1.1.2016, je spoločnosť v kríze, ak je v úpadku alebo jej úpadok hrozí. Spoločnosti hrozí úpadok ak pomer vlastného imania a záväzkov je menej ako 8 ku 100, pričom prvý krát sa použije v roku 2018, pre rok 2016 platí pomer 4 ku 100 a pre rok 2017 pomer 6 ku 100. Štatutárny orgán spoločnosti, ktorý zistil alebo s prihliadnutím na všetky okolnosti mohol zistiť, že spoločnosť je v kríze, je povinný v súlade s požiadavkami potrebnej odbornej alebo náležitej starostlivosti urobiť všetko, čo by v obdobnej situácii urobila iná rozumne starostlivá osoba v obdobnom postavení na jej prekonanie.

Spoločnosťou v kríze môže byť len spoločnosť s ručením obmedzeným, akciová spoločnosť alebo komanditná spoločnosť, ktorej komplementárom nie je žiadna fyzická osoba.

6. Plnenie nahradzujúce vlastné zdroje

Novou právnou úpravou je od 1.1.2016 zavedená definícia plnenia nahrádzajúceho vlastné zdroje (§ 67a a nasl. OBZ) :

Úver alebo obdobné plnenie, ktoré mu hospodársky zodpovedá, poskytnuté spoločnosti v kríze, sa považuje za plnenie nahradzujúce vlastné zdroje jej financovania podľa osobitného predpisu. To platí rovnako pre plnenie poskytnuté spoločnosti pred krízou, ktorého splatnosť bola počas krízy odložená, alebo predĺžená. Za také sa považuje plnenie, ktoré poskytne člen štatutárneho orgánu – prokuristovi, členovi dozornej rady, vedúcemu zamestnancovi, ďalej ten kto má priamy alebo nepriamy podiel min. 5 % na základnom imaní alebo hlasovacích právach, tichý spoločník, osoby im blízke a osoby konajúce na účet uvedených osôb.

Plnenie nahradzujúce vlastné zdroje spolu s príslušenstvom a zmluvnou pokutou **nemožno vrátiť, ak je spoločnosť v kríze, alebo ak by sa v dôsledku toho do krízy dostala**. Lehoty na vrátenie plnenia nahradzujúceho vlastné zdroje počas tohto obdobia neplynú. V konkurze alebo v reštrukturalizácii možno nárok na vrátenie plnenia nahradzujúceho vlastné zdroje uplatniť ako pohľadávku.

Hodnota plnenia poskytnutého v rozpore so zákazom sa **musí spoločnosti vrátiť**. To platí rovnako aj vtedy, ak k takému poskytnutiu došlo započítaním, speňažením zálohu, exekúciou alebo obdobným spôsobom. Členovia štatutárneho orgánu, ktorí vykonávali funkciu v čase poskytnutia plnenia v rozpore so zákazom, ručia spoločne a nerozdielne za jeho vrátenie. Spolu s nimi ručia tí, ktorí vykonávali funkciu člena štatutárneho orgánu v období, v ktorom spoločnosť nárok na vrátenie plnenia neuplatňovala, a o tejto povinnosti s prihliadnutím na všetky okolnosti vedeli alebo mohli vedieť.

7. Zákaz vrátenia vkladu

Či je zakázané vrátenie vkladu spoločníkom, určujú jednotlivé ustanovenia o spoločnostiach. Zákaz platí v zmysle

novely s účinnosťou od 1.1.2016 v spoločnosti s ručením obmedzeným a aj v komanditnej spoločnosti voči komanditistom a v družstve. Za spoločníka sa považuje aj bývalý spoločník (ak k plneniu došlo do 2 rokov od kedy prestal byť spoločníkom) či osoba s priamym či nepriamym podielom aspoň 5 % na základnom imaní alebo hlasovacích právach.

Za vrátenie vkladu sa považuje aj **plnenie bez primeraného protiplnenia, poskytnuté spoločnosťou na základe právneho úkonu dojednaného so spoločníkom alebo v jeho prospech**, bez ohľadu na formu dojednania alebo platnosť. To platí rovnako pre plnenie spoločnosti poskytnuté z dôvodu ručenia, pristúpenia k záväzku, záložného práva, či inej zábezpeky poskytnutej spoločnosťou na zabezpečenie záväzkov spoločníka alebo v jeho prospech.

Pri posudzovaní primeranosti protiplnenia uvádza novela aj požadované kritéria – napr. je potrebné zohľadniť najmä schopnosť druhej strany ho poskytnúť, obvyklú cenu na trhu, ako aj cenu, za ktorú spoločnosť obvykle poskytuje obdobné plnenia v bežnom obchodnom styku s inými osobami.

Od 1.7.2015 má nadobudnúť účinnosť povinnosť vrátenia vkladu vyplateného v rozpore so zákonom. Hodnota vkladu vráteného v rozpore so zákonom sa **musí spoločnosti podľa zásad o bezdôvodnom obohatení vrátiť späť**, a to v rozsahu rozdielu medzi protiplnením skutočne poskytnutým a protiplnením, ktoré by bolo poskytnuté ako primerané.

Splnenie vyššie uvedenej povinnosti nemôže spoločnosť odpustiť a štatutárny orgán je povinný ju vymáhať. Členovia štatutárneho orgánu, ktorí vykonávali funkciu v čase vrátenia vkladu v rozpore s týmto zákonom, ručia spoločne a nerozdielne za jeho vrátenie späť. Spolu s nimi ručia tí, ktorí vykonávali funkciu člena štatutárneho orgánu v období, v ktorom spoločnosť nárok na vrátenie vkladu späť neuplatňovala, a o tejto povinnosti s prihliadnutím na všetky okolnosti vedeli alebo mohli vedieť. Ručenie vzniká voči spoločnosti a voči veriteľom spoločnosti. Táto forma ručenia vzniká prvý krát pri vklade vrátenom po 1. júli 2015.

8. Úver pre spoločnosť

Podľa novej právnej úpravy platnej od 29.4.2015 (§ 121 ods. 2 OBZ) môže spoločník alebo osoba poskytujúca plnenie nahradzujúce vlastné zdroje, **poskytnúť spoločnosti úver alebo obdobné plnenie**, ktoré mu hospodársky zodpovedá, ak ho poskytne **inak ako finančnými prostriedkami v hotovosti**.

Kontakt pre ďalšie informácie



Silvia Podlipná

advokátka (SK) v spolupráci s Rödl & Partner
Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 444

E-mail: silvia.podlipna@roedl.sk

Dane

> Transferová dokumentácia – nové usmernenie platné od 1. januára 2015

Peter Alföldi, Mária Jánošíková, Zuzana Kusá,
Rödl & Partner Bratislava

Ministerstvo financií vydalo **nové usmernenie č. MF/011491/2015-724**, ktoré nahrádza pôvodné usmernenie č. MF/8120/2014-721, týkajúce sa určenia obsahu dokumentácie o použitej metóde.

Nové usmernenie bolo uverejnené vo Finančnom spravodajcovi č. 5/2015 a použije sa spätne za zdaňovacie obdobie začínajúce najskôr **1. januára 2015**.

Nové usmernenie **precizuje a rozširuje okruh daňovníkov, ktorí sú povinní viesť úplnú, základnú alebo skrátenú dokumentáciu.**

Zároveň je potrebné zdôrazniť, že povinnosť viesť dokumentáciu sa **s účinnosťou od 1. januára 2015** bude dotýkať už aj daňovníkov, ktorí uskutočňujú **tuzemské kontrolované transakcie**, t.j. transakcie s tuzemskými závislými osobami. Do 31.12.2014 sa táto povinnosť vzťahovala iba na zahraničné kontrolované transakcie.

Na základe nového usmernenia sú jednotliví daňovníci povinní viesť dokumentáciu v tomto **minimálnom rozsahu**:

- **Úplná dokumentácia**
 - > daňovníci vykazujúci výsledok hospodárenia podľa IFRS (pre zahraničné kontrolované transakcie),
 - > daňovníci uskutočňujúci transakcie so závislými osobami z nezmluvných štátov,
 - > daňovníci žiadajúci správcu dane o odsúhlasenie metódy ocenenia,
 - > daňovníci žiadajúci o úpravu základu dane,

- > **daňovníci, ktorí v zdaňovacom období od základu dane odpočítavajú daňovú stratu prevyšujúcu sumu 300.000 EUR alebo ktorí za posledné dve po sebe nasledujúce obdobia od základu dane odpočítavajú stratu prevyšujúcu 400.000 EUR,**
- > daňovníci, ktorí uplatňujú úľavu na dani.

- **Skrátená dokumentácia**

- > fyzické osoby,
- > daňovníci, ktorí sú mikro účtovnými jednotkami,
- > subjekty verejnej a ústrednej správy, pre transakcie s inými osobami z verejnej a ústrednej správy
- > skrátená dokumentácia bude postačovať pre zdokumentovanie **tuzemských kontrolovaných transakcií**, nesmie však ísť o daňovníka, ktorý žiada o odsúhlasenie metódy ocenenia, o úpravu základu dane, o úľavu na dani alebo odpočítava daňovú stratu.

- **Základná dokumentácia**

- > povinne ju vedú **všetci ostatní daňovníci.**

Podstatná zmena vo vedení transferovej dokumentácie sa predovšetkým dotkne daňovníkov, ktorí budú od základu dane odpočítavať daňovú stratu (300.000 EUR, resp. 400.000 EUR). Ak by si spoločnosť chcela od svojho základu dane za rok 2015 odpočítať daňovú stratu vo výške 300.000 EUR, je za toto zdaňovacie obdobie povinná viesť **úplnú dokumentáciu.**

Usmernenie zároveň definuje aj tzv. minimálnu hladinu významnosti vo výške 1.000.000 EUR. V prípadoch, ak daňovníci vedú základnú alebo úplnú dokumentáciu, sú takúto dokumentáciu (základnú resp. úplnú, podľa vymedzenia) povinní viesť pre kontrolované transakcie, ktoré sú pre nich **významné**, avšak **vždy pri transakciách alebo skupinách transakcií s hodnotou nad 1.000.000 EUR v príslušnom zdaňovacom období.** V prípade ostatných transakcií môžu viesť skrátenú dokumentáciu.

Vzhľadom na pomerne krátku lehotu na predloženie dokumentácie správcovi dane resp. Finančnému riaditeľstvu, t.j. **15 dní od doručenia výzvy**, je potrebné venovať uvedeným zmenám dostatočnú pozornosť, a to najmä v prípadoch, ak by mohla vzniknúť spoločnosti povinnosť viesť úplnú dokumentáciu.

> Daň z pridanej hodnoty – návrh zákona

Peter Alföldi, Mária Jánošíková, Zuzana Kusá,
Rödl & Partner Bratislava

V súvislosti s pripravovanou novelou zákona č. 222/2004 Z. z. o dani z pridanej hodnoty, ktorá by mala nadobudnúť účinnosť od 1. januára 2016, by sme Vás radi informovali o navrhovanej **osobitnej úprave uplatňovania dane**

z pridanej hodnoty na základe prijatia platby za dodanie tovaru alebo služby.

V súčasnosti bol návrh novely zákona predložený legislatívnej rade vlády SR, a môže byť v rámci legislatívneho procesu pozmenený.

Osobitná úprava uplatňovania dane z pridanej hodnoty bude založená na princípe, kedy platiteľovi dane, ktorý si zvolí takúto osobitnú úpravu, vznikne **daňová povinnosť až dňom prijatia platby za tovar alebo službu, pričom súčasne právo na odpočítanie dane z prijatých plnení si bude môcť uplatniť až dňom zaplatenia svojmu dodávateľovi.**

Skutočnosť, že platiteľ sa rozhodne uplatňovať osobitnú úpravu však bude mať zásadný vplyv aj na jeho odberateľov. Nakoľko právo na odpočítanie dane z prijatých tovarov a služieb môže vzniknúť najskôr dňom vzniku daňovej povinnosti, môže si **odberateľ uplatniť odpočítanie dane z prijatých tovarov a služieb od dodávateľa, ktorý uplatňuje osobitnú úpravu, až v momente, kedy mu zaplatil za tovar alebo službu.**

Pre osobitnú úpravu uplatňovania dane na základe prijatia platby za dodanie tovaru alebo služby sa bude môcť rozhodnúť platiteľ registrovaný podľa § 4 (tuzemský platiteľ dane), ak:

- > za predchádzajúci kalendárny rok nedosiahol obrat 75.000 EUR a odôvodnene predpokladá, že v prebiehajúcom kalendárnom roku nedosiahne obrat 75.000 EUR a
- > na platiteľa nebol vyhlásený konkurz alebo platiteľ nevstúpil do likvidácie.

Kontakt pre ďalšie informácie



Peter Alföldi

daňový poradca, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-mail: peter.alfoldi@roedl.sk

> Používanie služobného vozidla na služobné a súkromné účely

Ján Beleš, Rödl & Partner Bratislava

Ak zamestnanec dostane súhlas spoločnosti na používanie služobného vozidla na služobné a aj súkromné účely podľa

§ 5 odsek 3 písm. a) zákona č. 595/2003 Z. z. o dani z príjmov je príjmom zamestnanca počas ôsmich bezprostredne po sebe nasledujúcich kalendárnych rokov od zaradenia motorového vozidla do užívania vrátane, suma vo výške 1 % v

- a) prvom roku zo vstupnej ceny (§ 25 zákona o dani z príjmov) motorového vozidla zamestnávateľa, poskytnutého na používanie na služobné a súkromné účely za každý aj začatý kalendárny mesiac. Ak ide o prenajaté motorové vozidlo, vychádza sa z obstarávacej ceny u pôvodného vlastníka, a to aj v prípade, že príde k následnej kúpe prenajatého motorového vozidla, pričom ak vo vstupnej cene nie je zahrnutá daň z pridanej hodnoty, na účely tohto ustanovenia sa o túto daň vstupná cena zvýši,
- b) v nasledujúcich siedmich kalendárnych rokoch zo vstupnej ceny motorového vozidla podľa prvého bodu každoročne zníženej o 12,5 % k prvému dňu príslušného kalendárneho roka za každý aj začatý kalendárny mesiac jeho poskytnutia na používanie na služobné a súkromné účely, pričom na účely výpočtu nepeňažného príjmu sa vstupná cena motorového vozidla zamestnávateľa podľa prvého bodu zvýši aj o sumu technického zhodnotenia motorového vozidla vykonaného v týchto rokoch.

Doba ôsmich rokov začína plynúť od momentu zaradenia motorového vozidla do užívania, nie od začatia používania vozidla zamestnancom aj na súkromné účely. To znamená, že ak spoločnosť poskytne zamestnancovi na služobné a súkromné účely vozidlo staršie, vstupná cena z ktorej sa počíta 1 % k príjmu zamestnanca sa primerane kráti.

Daňová povinnosť vzniká u zamestnanca od momentu poskytnutia vozidla aj na súkromné účely zamestnanca. Rozhodným momentom nie je reálny začiatok používania vozidla na súkromný účel, ale zamestnávateľom faktické poskytnutie vozidla na jeho využitie aj na súkromný účel, v zásade na základe dohody o poskytnutí vozidla aj na súkromné účely uzavretej medzi zamestnávateľom a zamestnancom. To znamená, že ak po tom, ako zamestnávateľ umožní používať zamestnancovi motorové vozidlo aj na súkromné účely, zamestnanec sa rozhodne auto na súkromné účely nevyužívať, daňovej povinnosti sa týmto zamestnanec nevyhne.

Zákon nestanovuje, akým právnym základom sa prenechá (poskytuje) vozidlo zamestnávateľa zamestnancovi aj na súkromné účely. Nemusí preto ísť ani o písomnú dohodu, postačuje poskytnutie vozidla zamestnancovi ústnou formou. Avšak vhodným nástrojom ako poskytnúť zamestnancovi vozidlo aj na súkromné účely je uzavretie písomnej dohody medzi zamestnávateľom a zamestnancom o poskytnutí motorového vozidla zamestnancovi, ktorej predmetom je poskytnutie vozidla zamestnancovi na služobné ako aj súkromné účely a súčasne dohoda rieši vzájomné práva a povinnosti oboch strán.

Aby bol zamestnanec oboznámený o daňových povinnostiach, je vhodné informovať ho v zmluve o tom, že poskyt-

nutie vozidla aj na súkromné účely je u zamestnanca zdaniteľným príjmom a v akej konkrétnej výške. Zároveň je vhodné v takejto dohode upraviť dôvody jej ukončenia ako zo strany zamestnávateľa, tak aj zo strany zamestnanca. Zamestnanec by mal byť oboznámený so vstupnou cenou motorového vozidla.

Novela zákona o dani z príjmov, zavedená zákonom č. 333/2014 Z. z., účinná **od 1. januára 2015**, sa dotkla aj používania motorového vozidla na služobné aj súkromné účely. Podľa novely, v zmysle § 19 odsek 2 písm. t) zákona o dani z príjmov sú daňové výdavky, ktoré možno uplatniť len v rozsahu a za podmienok ustanovených v tomto zákone, výdavky (náklady) na obstaranie, technické zhodnotenie, prevádzkovanie, opravy a udržiavanie majetku, okrem výdavkov zamestnávateľa, ktorý uplatňuje postup podľa § 5 ods. 3 písm. a), a to

1. vo forme paušálnych výdavkov vo výške 80 %, ak je tento majetok využívaný aj na súkromné účely, alebo
2. v preukázateľnej výške v závislosti od pomeru používania tohto majetku na zabezpečenie zdaniteľného príjmu.

Preto výdavky na prevádzkovanie, opravy a udržiavanie motorového vozidla nekráti na výšku 80 % zamestnávateľ, ktorý dáva zamestnancovi k dispozícii motorové vozidlo aj na súkromné účely, pričom tento nepeňažný príjem formou poskytnutia motorového vozidla zdaňuje podľa § 5 ods. 3 písm. a) zákona o dani z príjmov.

Netreba zabúdať, že aj v tomto prípade, ide o výdavky zamestnávateľa, ktoré musia spĺňať definíciu daňového výdavku (§ 2 zákona o dani z príjmov), a to že ide o výdavky (náklady) na dosiahnutie, zabezpečenie a udržanie príjmov preukázateľne.

Zamestnanec, ktorému je zverené firemné auto aj na súkromné účely, musí viesť evidenciu o prejazdených súkromných a služobných kilometroch. Spotrebované pohonné látky, ktoré si uplatňuje firma do daňových výdavkov v súvislosti so služobnými cestami (služiacimi na dosiahnutie, zabezpečenie a udržanie príjmov) je možné preukazovať tromi spôsobmi:

1. **podľa cien platných v čase ich nákupu** (na základe dokladu o ich nákupe), prepočítané podľa spotreby uvedenej v osvedčení o evidencii alebo v technickom preukaze;
2. **na základe dokladov o nákupe pohonných látok** najviac do výšky vykázané z prístrojov satelitného systému sledovania prevádzky vozidiel;
3. **vo forme paušálnych výdavkov do výšky 80 %** z celkového preukázateľného nákupu pohonných látok za príslušné zdaňovacie obdobie primeraného počtu najjazdených kilometrov podľa stavu tachometra na začiatku a na konci príslušného zdaňovacieho obdobia pre každé motorové vozidlo samostatne. Pri uplatňovaní paušálu je dôležité pripomenúť, že hoci sa do daňových výdavkov uplatňuje iba 80 % z nákupu pohonných

látok, neznamená to, že zvyšných 20 % je možné prejazdiť na súkromné kilometre.

Ak sa zamestnávateľ rozhodne, že ako benefit pre zamestnanca mu bude preplácať pohonné látky spotrebované na súkromné kilometre, suma súkromne spotrebovaných pohonných látok vrátane DPH predstavuje pre zamestnanca ďalší zdaniteľný príjem (ktorý podlieha aj odvodovej povinnosti). Pre zamestnávateľa sú výdavky na takéto spotrebované pohonné látky nedaňovým výdavkom.

Ak si cenu súkromne spotrebovaných pohonných látok zamestnanec hradí sám, resp. zamestnávateľ požaduje úhradu za súkromne spotrebované pohonné látky, zamestnanec nedosahuje príjem, ktorý by musel zdaňovať (a odviesť z neho poistné do zdravotnej a Sociálnej poisťovne). V takom prípade by bola jediným nepeňažným príjmom zamestnanca suma vo výške 1 % zo vstupnej ceny vozidla za každý aj začatý kalendárny mesiac poskytnutia motorového vozidla zamestnávateľa na používanie na služobné a súkromné účely.

Kontakt pre ďalšie informácie



Ján Beleš
účtovník, Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 411
E-mail: jan.beles@roedl.sk

Ekonomika

> Členenie účtovných jednotiek podľa veľkostných kritérií

Katarína Chuchútová, Michal Mitruška,
Rödl & Partner Bratislava

Jednou z najzásadnejších zmien, ktoré so sebou prináša novela zákona o účtovníctve účinná od 1.1.2015, je nové členenie účtovných jednotiek podľa veľkostných kritérií. Novela je dôsledkom implementácie Smernice Európskeho parlamentu a Rady č. 2013/34/EÚ o individuálnej a konsolidovanej účtovnej závierke. Obchodné spoločnosti, družstvá, určité fyzické osoby a pozemkové spoločenstvá sa triedia do nasledovných veľkostných skupín:

- > Mikro účtovná jednotka
- > Malá účtovná jednotka
- > Veľká účtovná jednotka

Pre zatriedenie musí účtovná jednotka spĺňať aspoň dve z troch nižšie uvedených kritérií, a to za dve bezprostredne po sebe nasledujúce účtovné obdobia:

	Celková suma majetku (netto) v EUR	Čistý obrat v EUR	Priemerný prepočítaný počet zamestnancov
Mikro účtovná jednotka	≤ 350 000	≤ 700 000	≤ 10
Malá účtovná jednotka	≤ 4 000 000	≤ 8 000 000	≤ 50
Veľká účtovná jednotka	> 4 000 000	> 8 000 000	> 50

Definícia veľkostných kritérií je v porovnaní s predchádzajúcim znením zákona zmenená. Celkovou sumou majetku sa rozumie suma zo súvahy v ocenení upravenom o oprávky a opravné položky, teda netto (pred novelou brutto). Čistý obrat je definovaný ako výnosy z predaja výrobkov, tovarov a služieb a iné výnosy z takých činností, ktoré sú predmetom podnikania spoločnosti (pred novelou išlo o všetky výnosy okrem mimoriadnych).

Účtovné jednotky sa zatriedia do veľkostnej skupiny na základe splnenia podmienok ku dňu, ku ktorému sa zostavuje účtovná závierka za príslušné účtovné obdobie, pričom je potrebné posúdiť aj splnenie podmienok za bezprostredne predchádzajúce obdobie. Účtovná jednotka, ktorej účtovné obdobie je kalendárny rok, postupuje pri zatriedení do veľkostnej skupiny prvýkrát od 1.1.2015, pričom posudzuje splnenie podmienok k 31.12.2014. Ak účtovné obdobie je hospodársky rok, prvýkrát posúdi splnenie podmienok ku dňu, ku ktorému sa zostavuje účtovná závierka v priebehu roku 2015.

Zmeniť zatriedenie do veľkostnej skupiny je účtovná jednotka povinná uskutočniť od nasledujúceho obdobia po tých dvoch bezprostredne po sebe idúcich obdobiach, v ktorých presiahne alebo prestane spĺňať podmienky pre zatriedenie do veľkostnej skupiny. Novovzniknutá účtovná jednotka sa zatriedi do veľkostnej skupiny na základe vlastného rozhodnutia a zostáva v tejto veľkostnej skupine aj v bezprostredne nasledujúcom účtovnom období. Zákon o účtovníctve tiež poskytuje pre mikro účtovné jednotky možnosť rozhodnúť sa, že bude postupovať ako malá účtovná jednotka. Pri zmene účtovného obdobia sa veľkostné kritériá za kratšie účtovné obdobie neberú do úvahy.

Členenie podľa veľkostných kritérií sa nevzťahuje na účtovné jednotky, ktoré musia alebo môžu zostaviť individuálnu účtovnú závierku podľa IFRS v znení prijatom EÚ, Národnú banku Slovenska a účtovné jednotky, ktoré sú subjektom verejného záujmu.

Zámerom novely je predovšetkým zníženie požiadaviek na rozsah účtovnej závierky pre mikro a malé účtovné jednotky. Pre veľké účtovné jednotky predpisy zjednodušené nebudú.

Pre malú a veľkú účtovnú jednotku sú súvaha a výkaz ziskov a strát rovnaké, ale malá účtovná jednotka uplatní zjednodušený postup pri ich zostavení. Obsahová náplň

poznámok je pre malé účtovné jednotky zjednodušená. Nie je napr. potrebné zverejňovať prehľad o pohybe vlastného imania, prehľad o cash flow a nie sú potrebné také podrobné informácie o položkách súvahy a výkazu ziskov a strát, ako u veľkej účtovnej jednotky.

V nadväznosti na nové členenie účtovných jednotiek bolo s účinnosťou k 1.1.2015 vydané Opatrenie o zostavení účtovnej závierky pre malé účtovné jednotky č. MF/23378/2014-74 a Opatrenie o zostavení účtovnej závierky pre veľké účtovné jednotky a subjekty verejného záujmu č. MF/23377/2014-74. Pre mikro účtovné jednotky zostáva v platnosti Opatrenie o zostavení účtovnej závierky pre mikro účtovné jednotky č. MF/15464/2013-74 v znení upravenom novelou zo dňa 24. septembra 2014 č. MF/18008/2014-74. Doterajšie opatrenie č. 4455/2003-92 je od 1.1.2015 zrušené.

Kontakt pre ďalšie informácie



Katarína Chuchútová

audítorka, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-mail: katarina.chuchutova@roedl.sk

Tvoríme základy

„Naše znalosti tvoria základ nášho poradenstva. Na nich spolu s našimi mandantmi stavíme.“

Rödl & Partner

„Naše jedinečné ľudské veže môžu vyrásť len vtedy, ak majú pevný základ.“

Castellers de Barcelona



„Každý jednotlivec je dôležitý“ - u Castellers a u nás.

Ľudské veže jedinečným spôsobom symbolizujú podnikovú kultúru spoločnosti Rödl & Partner. Stelesňujú našu filozofiu súdržnosti, vyváženosti, odvahy a tímového ducha. Znázorňujú rast z vlastných síl, ktorý urobil zo spoločnosti Rödl & Partner to, čím je dnes.

„Força, Equilibri, Valor i Seny“ (sila, stabilita, odvaha a rozum) je katalánske heslo všetkých Castellers, ktoré veľmi výstižne vyjadruje ich základné hodnoty. Toto heslo oslovilo aj nás a charakterizuje našu mentalitu. Preto spoločnosť Rödl & Partner v máji 2011 nadviazala spoluprácu s Castellers de Barcelona - predstaviteľmi tejto dlhoročnej tradície stavania ľudských veží, ktorí spolu s inými stelesňujú toto duchovné kultúrne dedičstvo.

Impressum

Mandantenbrief, Ausgabe Juni 2015
Mandantný list, vydanie jún 2015

Herausgeber/ Vydáva:

Rödl & Partner Bratislava
Lazaretská 8, 811 08 Bratislava
Tel.: + 421 (2) 57 200 411 | www.roedl.com/sk

Verantwortlich für den Inhalt/ Zodpovedný za obsah:

Bereich Recht/Oblasť Právo

JUDr. Maroš Tóth, MBA – maros.toth@roedl.sk

Bereich Steuern/Oblasť Dane

Peter Alföldi – peter.alfoldi@roedl.sk

Bereich Wirtschaft/Oblasť Ekonomika

Mikuláš Ivaško – mikulas.ivasko@roedl.sk

Layout/Satz:

Rödl & Partner
Angelika Gál – angelika.gal@roedl.sk

Tento Mandantný list je nezáväznou informačnou publikáciou a slúži na všeobecné informačné účely. Nepredstavuje právne, daňové ani podnikové poradenstvo a nenahrádza individuálne poradenstvo. Pri spracovaní Mandantného listu a informácií v ňom obsiahnutých sa Rödl & Partner neustále snaží o maximálnu dôslednosť, nepreberá však zodpovednosť za správnosť, aktuálnosť a úplnosť informácií. Nakoľko sa tu obsiahnuté informácie nezaoberajú konkrétnymi situáciami jednotlivcov alebo právnických osôb, mal by mandant v konkrétnom prípade požiadať o poskytnutie poradenstva. Rödl & Partner nepreberá zodpovednosť za rozhodnutia, ktoré čitatelia urobia na základe tohto Mandantného listu. Naši poradcovia sú Vám radi k dispozícii.

Celý obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete je duševným vlastníctvom Rödl & Partner a spadá pod ochranu autorských práv. Užívateľia môžu obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete sťahovať, tlačiť alebo kopírovať len pre vlastnú potrebu. Na akékoľvek zmeny, rozmnožovanie, rozširovanie alebo verejné prezentovanie tohto obsahu alebo jeho častí, či už online alebo offline, je potrebný predchádzajúci písomný súhlas spoločnosti Rödl & Partner.